

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(6. Sitzung am 4. April 2018)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Umsetzungsstand des elektronischen Rechtsverkehrs in Niedersachsen“**

Nachdem der Ausschuss beschlossen hatte, sich bereits in der aktuellen Sitzung zum o. g. Thema unterrichten zu lassen, nahm er die entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/110](#)

Der Ausschuss kam überein, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da noch Beratungsbedarf zwischen den Fraktionen besteht, und die Beratung in seiner nächsten Sitzung am 11. April 2018 fortzusetzen.

3. **Verfassungsrechtliches Verfahren**

Verfassungsbeschwerde der U... GmbH & Co KG,
vertreten durch den Geschäftsführer der Komplementärs-GmbH H...,
gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GOVB 2 M-V S. 258)
1 BvR 1187/17,

dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit Schreiben der Landtagspräsidentin vom 29. Januar 2018 zur Beratung und Berichterstattung überwiesen

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, von einer Stellungnahme abzusehen.

4. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Vorkommnis AG Rinteln“**

Nachdem der Ausschuss beschlossen hatte, sich bereits in der aktuellen Sitzung zum o. g. Thema unterrichten zu lassen, nahm er die entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen.

5. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Niedersächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Ausführungen Sicherungsverwahrter nach § 16 Abs. 4 des Gesetzes sowie der Entwicklung der Rechtsprechung in dem Bereich**

Nachdem der Ausschuss beschlossen hatte, sich bereits in der aktuellen Sitzung zum o. g. Thema unterrichten zu lassen, nahm er die entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. a) **Entwurf eines Gesetzes zum NDR-Datenschutz-Staatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/277](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/278](#)

Der - federführende - Ausschuss führte die Beratung durch. Er empfahl dem Landtag die Annahme der Gesetzentwürfe in unveränderter Fassung.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Wiebke Osigus (SPD)

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/358](#)

Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Gesetzentwurfs zurückzustellen, da voraussichtlich von der Landesregierung ein eigener Gesetzentwurf zu diesem Thema vorgelegt wird, und beide Gesetzentwürfe zusammen zu beraten.

8. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand und insbesondere zu Nr. 2 des Antrages entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Unterrichtung fortzusetzen, sobald ein neuer Sachstand vorliegt, und die Beratung des Antrags bis dahin zurückzustellen.

Vertraulicher Sitzungsteil

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Ermittlungsstand bei den Ermittlungen gegen drei ehemalige RAF-Terroristen, die wegen verschiedener Überfälle in Niedersachsen gesucht werden**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Unterrichtung in seiner nächsten Sitzung am 11. April fortzusetzen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

10. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss kam überein, diesen Punkt bei seiner nächsten Sitzung am 11. April 2018 zu behandeln und sich dann über den Kreis der Anzuhörenden für die geplante schriftliche Anhörung zu verständigen.

11. Klärung von Terminangelegenheiten

Der Ausschuss kam überein, bei seiner nächsten Sitzung am 11. April 2018 Details einer möglichen Ausschussreise nach Den Haag zu erörtern.